



Karl-Heinz Brunner
Mitglied des Deutschen Bundestages

Karl-Heinz Brunner MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Gabriela Schimmer-Göresz
Sandweg 4
89296 Osterberg/OT Weiler

Neu-Ulm, 27.02.2015

Neu-Ulmer Büro

Memminger Str. 3
89231 Neu-Ulm
Telefon: +49 731 7254269
karl-heinz.brunner.wk01@bundestag.de

Berliner Büro

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: +49 30 227- 75055
karl-heinz.brunner@bundestag.de

Sehr geehrte Frau Schimmer-Göresz,

vielen Dank für Ihre Email, die ich hiermit gerne beantworte.

In kann die Bedenken der Bevölkerung hinsichtlich TTIP und CETA sehr gut verstehen – auch ich war über die fehlende Transparenz der Verhandlungs(-teil-)ergebnisse nicht glücklich.

Wir alle verstehen, dass nicht alle Verhandlungspapiere umgehend ins Internet gestellt werden können – was wäre noch zu verhandeln, wenn die andere Seite schon alles aus dem Internet wüsste? Welche vertraulichen Gespräche wären noch möglich wenn alle mithören und mitlesen? Nichts ging mehr! Dennoch hätte der Informationsprozess früher und klarer einsetzen können und müssen.

Gerüchte, Spekulationen, Falschinformationen konnten nur in Umlauf geraten, da zu wenig informiert wurde. Die SPD, die S & D-Fraktion im Europäischen Parlament und nicht zuletzt die SPD-Bundestagsfraktion setzen auf Information. Wir möchten die öffentliche Debatte unterstützen und fördern – dies haben wir mit den Beschlüssen des Parteikonvents im September unter Beweis gestellt, sowie mit unserer Freihandelsabkommen-Konferenz am vergangenen Montag im Willy-Brandt-Haus (die Aufzeichnung der komplett öffentlichen Veranstaltung finden Sie unter spd.de).

Jedoch: Die Debatte zu unterstützen und dabei zu helfen, mehr Druck für transparentere Verhandlungen zu machen bedeutet nicht, Verhandlungen sofort abubrechen. Dies wäre kaum verantwortbare Politik, angesichts der Chancen die ein Abkommen haben kann, aber auch der Risiken des Scheiterns und Bildung eines großen pazifischen Handelsraums, bei dem Europa außen vor bleibt.



Mein Petitum ist es darum in der Sache über die Vertragswerke zu diskutieren, wenn sie uns denn dann vorliegen.

Natürlich darf es diese Abkommen nicht geben, wenn das Wohl Deutschlands und seiner Bürger damit gefährdet würde.

Aber: anders als in der Debatte in Deutschland oft unterstellt, sind die USA durchaus ein Handelspartner mit dem man auf Augenhöhe verhandeln kann. Die generelle Unterstellung die Amerikaner wollten Standards und Rechtsstaat in Europa unterwandern, kann ich nicht teilen – schon gar nicht ohne ein vorliegendes und zu debattierendes Resultat der augenblicklichen Verhandlungen (die für CETA und TTIP längst nicht abgeschlossen sind).

Handelsgespräche zwischen den großen Wirtschaftsräumen USA und EU, die in ein Freihandelsabkommen münden, eröffnen die Chance schon bestehende Handelsbeziehungen zu intensivieren, sie fair und nachhaltiger zu gestalten, sowie tarifäre Hindernisse (Zölle) zu beseitigen.

Das Abkommen könnte auch dazu beitragen, faire und nachhaltige Handelsregeln global voranzutreiben und neue, gute Maßstäbe zu setzen.

Sigmar Gabriel hat Recht, wenn er sagt, dass das Verpassen einer Chance auf ein Freihandelsabkommen uns von nachfolgenden Generationen zum Vorwurf gemacht werden könnte. Denn europäische und deutsche Standards zu verteidigen muss doch auch heißen dafür zu sorgen, dass sich auf dem Weltmarkt nicht gegenläufige Standards, etwa die aus Asien, durchsetzen.

Ich unterstütze den Vizekanzler, wenn er Konstrukte wie die Schiedsgerichte und den Investorenschutz deutlich besser und rechtsstaatlicher gestalten möchte, als die in Schreckensszenarien befürchteten Varianten.

Das ist ein konstruktiver und ehrlicher Ansatz – es wäre falsch so zu tun, als könne Deutschland diesem Abkommen einfach als Einzelkämpfer gegenüberreten, wenn unsere 27 EU-Partner zustimmen wollen.

Aus diesem Grund verfolge ich die Debatte genau und informiere so gut ich kann in meinem Wahl- und Betreuungswahlkreis.

Jedoch: Anlügen werde ich die Bürgerinnen und Bürger nicht, indem ich so tue als könnte die SPD-Fraktion TTIP einfach kippen. Das wird nicht möglich sein. Wenn 27 von 28 Staaten



zustimmen, dann haben wir in Europa dies zu akzeptieren. Das ist Demokratie.

In diesem Sinne für gute Verhandlungen zu sorgen, für unsere Positionen zu werben, sich einzusetzen, das ist Aufgabe der Politik und darin sehe ich auch meine ganz persönliche Verantwortung gegenüber dem deutschen Volk und seinen hart erarbeiteten und erkämpften Rechten und Standards.

Hierzu gehört es natürlich auch, dass ich die Debatte intensiv verfolge und mit meinen Mitarbeitern und Kollegen immer wieder aufarbeite und bespreche. Die von Ihnen angesprochenen Gutachten und Äußerungen von Experten, der Zivilgesellschaft und politischen Persönlichkeiten liegen uns vor und fließen in unsere sachliche Aufarbeitung des Themas Freihandelsabkommen mit ein.

Ich hoffe, dass ich für dieses Vorgehen Ihre Unterstützung habe und verbleibe mit freundlichen Grüßen

Karl-Heinz Brunner MdB